

Flaniermeile oder nur «schöne Bilder»?

VERKEHR Das Parlament will eine Stadthausstrasse ohne Autos – und dies möglichst rasch. Der Stadtrat und die FDP wollten etwas Tempo rausnehmen, scheiterten aber.

Gestützt auf ihren Rollator schiebt sich eine ältere Dame langsam über die Stadthausstrasse, schaut links, schaut rechts, der anrollende Kombi bremst rücksichtsvoll ab, die Frau lächelt dankbar und kommt schliesslich heil im Stadtpark an: Alltag auf der Stadthausstrasse, wo sich Fussgänger und Autos immer wieder in den Weg kommen. Sie zieht eine Schneise zwischen Altstadt und Park, das scheint unbestritten. Das Mitte-links-Lager fordert schon länger, die Achse aufzuwerten und autofrei zu machen: Busse, Taxis und Zubringerfahrten blieben bei Tempo 30 erlaubt.

Beim damals bürgerlichen Stadtrat lief man jedoch auf. Noch Ende 2017 hatte dieser klargemacht, dass die Aufwertung der Technik- und der Zürcherstrasse (im Bereich des Zentrums Töss) sowie die Busbeschleunigung Priorität hätten, allesamt aufwendige und zeitintensive Projekte. Zöge man nun Ressourcen für ein Verkehrsberuhigungskonzept für die Stadthausstrasse ab, drohe man, die anderen Projekte auszubremsen. Für eine autofreie Stadthausstrasse gebe es keinen Zeitdruck. Der Stadtrat räumte in seiner damaligen



Wie sähe eine verkehrsberuhigte Stadthausstrasse aus? Wie eine Flaniermeile? Wie eine Bus- und Veloautobahn ohne Autos?

Foto: Enzo Lopardo

«Wie gross die Aufenthaltsqualität der Stadthausstrasse sein könnte, wissen wir noch gar nicht.»

Romana Heuberger, FDP

genwischerei. Busse führen nach wie vor eng getaktet und Velofahrer en masse. Komplette auto- und busfrei wiederum müsste die Stadt die Museums- und St.-Georgen-Strasse vergrössern und entsprechend «das Portemonnaie aufmachen».

Eine Mitteposition nahm die FDP ein, die (vorerst) lediglich die Ausarbeitung eines Konzepts zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität der Stadthausstrasse unterstützte und das Vorstosspaket splitten wollte. «Bislang kennen wir das tatsächliche Entwicklungspotenzial noch gar nicht», wandte Romana Heuberger ein. Diese Haltung teilte auch der Stadtrat – doch beide Vorstösse kamen klar durch.

Till Hirsekorn

Interpellationsantwort allerdings auch ein, dass die Strasse streckenweise «klar übernutzt» und eine Sperrung für Autos angesichts der gezählten 280 Fahrten zur Stosszeit nicht unrealistisch sei.

Blick auf die Stadt mit See

Die Fraktionen von SP, GLP, Grünen und AL doppelten nun mit zwei Vorstössen nach. Sie forderten den Stadtrat auf, dem Parlament einen Vorschlag für eine verkehrsberuhigte Stadthausstrasse zu machen (Motion) und in einem Konzept zu zeigen, wie

eine solche «autofreie» Strasse schliesslich aufgewertet werden könne (Postulat). «Das Volk hat dies schon zweimal beschlossen, 1973 und 1985», rief Silvia Gygax (GLP) in Erinnerung. Der heutige Durchgangsverkehr bringe auch dem lokalen Gewerbe «null Mehrwert», im Gegenteil. Als Beispiel dafür führte sie das Zürcher Limmatquai an, seit 2004 verkehrsberuhigt.

Auch Christoph Baumann (SP) zeigte nach Zürich, mit einer Visualisierung zum Hochschulquartier. So könne man sich auch die Stadthausstrasse als Flanier-

meile vorstellen. Rhetorisch fragte er in die Runde: «Wer, glauben Sie, würde beim Graben oder beim Neumarkt heute noch zurück zum alten Regime wollen?» Diesmal lag ein Schwarzweissfoto des zugewanderten Grabens auf.

«Schöne Bilder, mehr nicht»

Zeno Dähler (EDU) beeindruckte er damit nicht. Aufenthaltsqualität sei Ansichtssache: «Bei 30 Grad bin ich lieber im klimatisierten Auto auf der Stadthausstrasse unterwegs.» Daniel Oswald (SVP) hielt Baumanns «schöne Flanierbilder» für romantisierende Au-

STRAFFER ORGANISIERT

Aus zwei Dienststellen wird eine

Die Verkehrsplanung und die Verkehrssteuerung sind heute in zwei verschiedenen Departementen angesiedelt. Erstere beim Bau, Letztere beim Departement Sicherheit und Umwelt. Dies führe zu unnötigem administrativem Mehraufwand und erschwere eine «moderne, koordinierte Gesamtschau» auf den städtischen Verkehr, kritisierten gestern 35 Gemeinderäte

von Mitte-links. Unter anderem mit der Buspriorisierung stünden nun jedoch wichtige Verkehrsprojekte an, höchste Zeit also, die Prozesse zu beschleunigen. Die Analyse dafür laufe, versicherte Baustadträtin Christa Meier (SP). Die Dienststellen würden wohl per Anfang 2019 beim Baudepartement zusammengelegt. Das Postulat wurde dennoch überwiesen. hit

«Wir müssen unser Entwicklungspotenzial in Winterthur effektiv nutzen.»

Silvia Gygax, Grünliberale

Kita-Beiträge auf Prüfstand

KITA Eine Mitte-links-Mehrheit hat eine Motion überwiesen, die eine «Justierung» der Krippensubventionen verlangt. Ziel ist es, den Mittelstand zu entlasten, der nach der Revision der Subventionspraxis 2015 nur noch geringe oder keine Beiträge mehr erhält. In der Folge sind die Kita-Belegungen zurückgegangen, und es hat eine soziale Entmischung stattgefunden, wie Vertreterinnen linker Parteien anmahnten. Gegen die Motion stimmten SVP, CVP und Teile der FDP. Daniel Oswald (SVP) sprach von einer strukturellen Differenz zwischen Löhnen und Kita-Kosten, für die nicht der Staat aufkommen sollte. Andreas Geering (CVP) bemängelte, dass nur Kitas und keine anderen Betreuungsmodelle subventioniert würden. mcl

Abschied eines Altgedienten

ABSCHIED Für den langjährigen SP-Co-Präsidenten Christoph Baumann war die gestrige Sitzung die letzte im Parlament. Baumann, der in Oberwinterthur als Präsident der Schulpflege gewählt wurde, gibt nach über zehn Jahren seinen Sitz ab. In einer kurzen, von einem Applaus angeschobenen Rede riet er seinen Kollegen, es wie im Fussball zu halten: «Fant für das eigene Team, nicht gegen das andere.» mcl

Kreisel soll sicher werden



Wie neu, aber nicht sicherer: Der Eitzbergkreisel wurde trotz Mängeln bei der Sicherheit nach Leitungsbauten identisch wiederhergestellt. Foto: Enzo Lopardo

SEEN Eine Mitte-links-Mehrheit will, dass der Eitzbergkreisel in Seen sicherer wird. Der SP-Bauvorsteherin ist das Anliegen willkommen.

Gegen die in Verkehrsfragen sehr geschlossenen agierende Mehrheit aus Grünen, SP, EVP und GLP nützen auch eine martialische Rhetorik und falsche Fakten nichts. Das musste Franco Albanese (SVP) gestern im Stadtparlament erfahren. Er hatte die von Mitte-links mit einem Vorstoss verlangte Sicherheitssanierung des Eitzbergkreisels in Seen als unnötig und ideologisch getrieben bezeichnet. «Es geht nicht um Sicherheit, sondern darum, das Auto zu behindern.» Auch wollte Albanese vernommen haben, dass der Kreisel, der nach einem Leitungsbau neu hergerichtet wurde, jetzt enger sei.

Renate Dürr (Grüne), die den Kreisel bereits letztes Jahr zum politischen Thema gemacht hatte, widersprach. Ebenso Bauvorsteherin Christa Meier (SP). Der Kreisel ist nach der Sanierung derselbe und gilt weiterhin offiziell als Unfallschwerpunkt.

Links-linke Verkehrspolitik

Die Causa Kreisel zeigte auch exemplarisch den neuen Wind, der in der Verkehrspolitik herrscht. War Dürr mit ihrem Anliegen beim letzten Bauvorsteher, dem abgewählten SVP-Stadtrat Josef Lisibach, noch auf Widerstand gestossen, signalisierte Meier, dass auch sie die Kreiselsanierung auf der Agenda hat. Dürr schwächte ihren Vorstoss von einer Motion zu einem Postulat ab, was dem Stadtrat mehr Freiheit lässt und die Prozesse beschleunigt. Das Postulat passierte deutlich. mcl

Fritschi und die Alternativen-Frage

ENERGIEWENDE Nach der Streichung des Wärmeverbundprojekts Acquifer müsse er Alternativen liefern, forderte Mitte-links von Stefan Fritschi. Dieser konterte geschickt.

Wenn es um Energieprojekte gehe, redeten immer alle von Rendite, energierte sich Reto Diener (Grüne). «Aber wenn wir ein neues Schulhaus bauen oder ein Polizeigebäude, dann fragt doch auch keiner, ob das rentiert.» Die Debatte drehte sich um ein Postulat, das die SP zusammen mit den Grünen, der EVP und den Grünliberalen eingereicht hatte. Das Ziel lässt sich wie folgt umschreiben: Nachdem der Stadtrat in seiner letzten Zusammensetzung das Wärmeverbundprojekt Acquifer im Neuwiesenquartier gestrichen hat, soll Werkvorsteher Stefan Fritschi (FDP) Alternativen vorstellen, wie er die Energieziele für 2050 erreichen will.

Gegenseitige Vorwürfe

Die Diskussion hatte nicht ganz unerwartet einen ideologischen Beiklang. Am moderatesten äusserten sich noch Zeno Dähler (EDU) und Michael Bänninger (EVP). Es sei gut, dass sich der Stadtrat mit der Suche nach alternativen Projekten Zeit lasse, sagte Dähler. «Wir wollen eine Energiestrategie, die finanziell tragbar ist.» Bänninger belies es bei der Bemerkung, man teile das Anliegen und werde den Vorstoss

unterstützen. Die Bürgerlichen erinnerten in ihren Voten an das Debakel mit der Wärme Frauenfeld AG und warnten vor neuen Experimenten. Felix Helg (FDP) schob die Verantwortung für das Scheitern von Acquifer gar auf den früheren Stadtrat Matthias Gfeller (Grüne). Dagegen warfen Grüne und SP dem heutigen Werkvorsteher Kurzsichtigkeit vor und dass er mehrere Volksentscheide ignoriere. Nebst den Grünen kritisierten SP und GLP den starken Fokus auf die Rendite von Energieprojekten.

Das Postulat passierte schliesslich sicher. Fritschi muss seine Energiestrategie damit gegenüber dem Parlament konkretisieren – nicht mehr, nicht weniger. In seinem Votum hatte er betont, der Stadtrat habe Acquifer intensiv geprüft und schweren Herzens verworfen. Fritschi liess es sich auch nicht nehmen, einen Konter gegen die Grünen zu fahren, die das Projekt als sichere Sache dargestellt hatten. «Ihr habt ja selbst nicht an Acquifer geglaubt. Sonst hättet ihr keine Petition, sondern eine Initiative für die Beibehaltung lanciert.»

Auch wies Fritschi auf die seit Januar ökologischere Zusammensetzung des von Stadtwerk verkauften Gases hin, die trotz Preissenkung möglich gewesen sei. «Damit sparen wir 3000 Tonnen CO₂ pro Jahr, auch Acquifer hätte nur etwa das Doppelte davon gebracht.» mcl

«Angriff der Fetischisten»

GRÜNFLÄCHEN Der Gemeinderat hat davon abgesehen, Hausbesitzern vorzuschreiben, welchen Anteil ihres Grundstücks sie begrünen müssen. Eine Motion von Grünen, SP und EVP wurde knapp verworfen, mit 28 zu 26 Stimmen. Der Vorstoss hätte eine Änderung der Bau- und Zonenordnung verlangt, wonach die Hälfte der Freiflächen eines Grundstückes zu begrünen und nicht mehr als ein Viertel zu versiegeln (z. B. teeren) gewesen wäre.

GLP koaliert mit Bürgerlichen

Die Befürworter begründeten ihr Anliegen mit der Gartenstadt, der Förderung der Biodiversität und mit dem Ziel, die Hitzebildung in der Stadt etwas abzufedern. CVP, FDP und SVP hielten dagegen, die Hauseigentümer wüssten selbst um den Wert von Grünflächen, es handle sich um einen unnötigen Eingriff ins Privateigentum. Stefan Feer (FDP) nannte die Motion «einen Angriff der Regulierungsfetischisten auf ihr Lieblingsziel, die Hauseigentümer». Eine Mehrheit verschaffte der Koalition der Gegner die GLP, die zwar die Gartenstadt erhalten wolle, so Markus Nater, in der Motion aber nur mehr Bürokratie erkennen könne.

Auf der Agenda bleibt das Thema trotzdem, wie Bauvorsteherin Christa Meier (SP) ausführte. Im Zuge der schweizweiten Harmonisierung der Baugesetzgebung wird die Freiflächen- von einer Grünflächenziffer abgelöst. Winterthur hat bis 2025 Zeit, um die Revision umzusetzen. mcl